

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung.

Verlag und Redaktion: Nikolastraße 11. Filiale: Mauritiusstraße 12.

Erscheint 12mal wöchentlich.
Bezugspreis:
Abholer monatl. 70 J., viertelst. 2.10 M.
Durch Träger und Agenturen:
Monatl. 80 J., viertelst. 2.40 M.
frei ins Haus.
Durch die Post: Monatl. 1 M.,
viertelst. 3 M. (ohne Bestellgebühr).
Im Ausland:
Unter Kreuzband 13 M. viertelst. 3 M.

Anzeigenpreise:
Die Kolonialsache in Wiesbaden 20 J.,
Deutschland 30 J., Ausland 40 J.,
Die Neblamegelle 1.50 M.
Anzeigenannahme:
Für Abendausgabe bis 1 Uhr mittags,
Morgenausgabe bis 7 Uhr abends.
Korrespondent:
Inserate und Abonnement: Nr. 199,
Redaktion: Nr. 198; Verlag: Nr. 210.

109 Abend-Ausgabe.

Samstag, 28. Februar 1914.

68. Jahrgang.

Tageschau.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Abgeordnetenhauses erklärte die Wahl des Abg. Kandler (Wormberg) (natl.) für gültig.

Kaiser Franz Josef empfängt die albanische Abordnung heute nachmittag in besonderer Audienz in Wien.

Ueber Valencia wurde der Kriegszustand verhängt.

Die Dienstboten-Krankenversicherung.

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat nunmehr sein im Landtag gegebenes Versprechen, auf Beseitigung von Härten beim Vollzug der Dienstboten-Krankenversicherung hinzuwirken, eingelöst. In einem Erlaß vom 13. Februar legt er den Oberversicherungsämtern insbesondere die Bildung von Landkrankenstellen, denen ausschließlich Dienstboten als Mitglieder zuzurechnen wären, und die Aufhebung möglicher Beiträge mit zahlreichen Abminderungen nahe. Der Erlaß hat folgenden Wortlaut:

Bei den Beratungen, die mit den Versicherungsämtern über die Durchführung der Organisation der Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung Ende des Jahres 1912 stattgefunden haben, ist die Errichtung von Landkrankenstellen im Bezirke gemeindlicher Versicherungsämter in erster Linie dem Ermessen der Gemeindeverbände überlassen worden, weil es bei dem überall hervortretenden Widerstande gegen die neue Kasernenart nicht angängig erscheinen konnte, in Ermangelung jeglicher Erfahrung über die Zweckmäßigkeit der Landkrankenstellen in städtischen Bezirken die Errichtung von Landkrankenstellen anzunehmen. Die Folge hiervon ist, daß nur in ganz wenigen Städten Landkrankenstellen für die Versicherung landlosenpflichtiger Personen bestehen. Nachdem mit Errichtung der Satzungen die Wahrnehmung gemacht worden ist, daß die Beiträge bei den Landkrankenstellen erheblich zurückgeblieben sind und sich auch sonst empfindliche Unzulänglichkeiten bemerkbar gemacht haben, ist vielfach der Wunsch nach Errichtung von Landkrankenstellen auch in städtischen Bezirken hervorgetreten mit der Begründung, daß es nicht angehe, die guten Risiken der Dienstboten die erheblich höheren Kosten der anderen weiblichen Arbeiter mittragen zu lassen. Dieses Verlangen kann als unbedeutend nicht bezeichnet werden. Denn die Lebens- und Erwerbsbedingungen der Dienstboten sind, namentlich wegen der Aufnahme in die häusliche Gemeinschaft, so wesentlich anders, daß eine völlig abweichende Gestaltung der Versicherung dieses Versicherungsweges von derjenigen der anderen weiblichen Arbeiter nahegelegt. Diesen Anforderungen würde am besten dadurch entsprochen werden können, wenn die Dienstboten in Krankenkassen, die ausschließlich Dienstboten als Mitglieder haben, aufgenommen werden. Solche Dienstbotenkrankenkassen kennt zwar die Reichsversicherungsordnung nicht. Sie lassen sich aber dadurch erreichen, daß auf Grund des § 296 alle landlosenpflichtigen Personen, die nicht zu den Dienstboten gehören, der allgemeinen Ortskrankenkasse zugewiesen werden. Wenn auch die Ansichten darüber, ob die Dienstboten ein gutes Versicherungsrisiko sind, auseinandergehen, so wird doch bis zum Vorliegen anderer Erfahrungen davon ausgegangen werden müssen, daß namentlich beim Festhalten an den Regelleistungen des Gesetzes und der Anwendung des § 195 Abs. 2 die Beiträge wesentlich niedriger bemessen werden können als bei den allgemeinen Ortskrankenkassen. Mögliche Beiträge werden aber nur dann erreicht werden können, wenn der durchschnittliche Tagesentgelt der Dienstboten unter Berücksichtigung des wahren Wertes der Naturalbezüge festgesetzt wird, und wenn dabei nach der verschiedenen Entlohnung der Dienstboten viele Lohnstufen festgesetzt werden. Dabei ist zu beachten, daß der Wert der Naturalbezüge, die den Dienstboten im Haushalte gewährt werden, bei weitem nicht den Betrag ausmacht, den der Dienstbote bei selbst beschafftem Unterhalt aufwenden muß. Der Ortslohn wird überall da, wo er geringer ist als der durchschnittliche Tagesentgelt, als Grundlohn zu wählen sein. Das Oberversicherungsamt erüchte ich, mit den Stadtgemeinden, für die nach der Zahl der Dienstboten die Errichtung einer Landkrankenstelle angängig erscheint, und wo im Hinblick auf die Art der Versicherung bei der allgemeinen Ortskrankenkasse die Errichtung einer Landkrankenstelle als notwendig bezeichnet werden kann, in Verhandlung zu treten und über das Ergebnis bis zum 1. Juli d. J. zu berichten. Die Monatsabschlüsse der Landkrankenstellen im Bezirke gemeindlicher Versicherungsämter sind für die Monate Januar bis April beizufügen. Von der Anordnung von Landkrankenstellen ist jedoch bis auf weiteres abzusehen. Im Einzelfall ist noch zu prüfen, ob den für die Dienstboten bestimmten Landkrankenstellen auch die landwirtschaftlichen Arbeiter angehören sollen. Soweit die Errichtung von solchen Dienstbotenkrankenkassen nicht zweckmäßig erscheint oder aus anderen Gründen nicht befristet werden kann, wird zu erwägen sein, ob die Versicherung der Dienstboten bei der allgemeinen Ortskrankenkasse nach Maßgabe der vorstehenden Ausführungen eine Aenderung erfahren soll. Es wird also zu prüfen sein, ob durch Einlegung des Ortslohnes als Grundlohn eine Ermäßigung der Beiträge erzielt werden kann, und ob die Bewertung der Naturalbezüge zutreffend ist und ob die Vermehrung der Lohnstufen gefordert werden muß. Auch würde in Frage kommen, ob für Dienstboten auf Grund des § 284 Abs. 1 niedrigere Beiträge festgesetzt werden können. Hierüber wolle das königliche Oberversicherungsamt gleichfalls bis zum 1. Juli berichten. Auch hinsichtlich der bestehenden Landkrankenstellen in Bezirken gemeindlicher Versicherungsämter ist die Frage nach einer Aenderung der Satzungen zu erörtern.

Die Befolgung der Hessischen Volksschullehrer.

Darmstadt, 27. Februar.

Aus der am Nachmittag erfolgten Beschlusssitzung ist hervorzuheben: Im Befolgungsausschuss beharrt die Kammer in Bezug auf die Ortszulagen gleichfalls auf ihren früheren Beschlüssen. Im übrigen wird Beitritt zu den Beschlüssen der Zweiten Kammer beschlossen. In Bezug auf den Beamtenarbitrage und die übrigen Gesetze, in denen noch Offense vorhanden sind, wird zum Teil Beitritt zum Gesetzentwurf der Zweiten Kammer beschlossen, in einzelnen Punkten Beharren auf den früheren Beschlüssen des Hauses. — Nach Erledigung des ganzen Gesetzes nimmt Herr Stenburger-Wirke in das Wort: Der Ausschuss hat sich bemüht, den Wünschen der Zweiten Kammer so weit wie möglich entgegenzukommen. Was die Volksschullehrerfrage anlangt, sollte das letzte Wort in Bezug auf das Höchstgehalt von 3600 M. gesprochen sein. Einmütig wird dann folgende Resolution angenommen: „Die Erste Kammer erklärt ausdrücklich, daß sie die Mehrzahl dieser Nachgaben nicht aus sachlichen Gründen macht, vielmehr lediglich in der Hoffnung und in der Voraussetzung, einer Verständigung auch in der Lehrerbefolgungsfrage. Die Erste Kammer behält sich also für den Fall eines Scheiterns der Befolgungsvorlage bezüglich der Regelung der Gehälter der Beamten und Lehrer für die Zeit vom 1. April 1914 ab ihre Stellungnahme vor.“

Ein Zwischenfall in der italienischen Kammer.

Aus Rom meldet die „Trif. It.“: In der gestrigen Sitzung kam es bei der Beratung der Kredite für Tripolis die seit drei Wochen einen nur retrospektiven Charakter trug, zu einem unvorhergesehenen heftigen Zwischenfall, dessen Folgen sich vorläufig nicht absehen lassen. Ein sozialistischer Redner warf der Regierung vor, daß sie wegen der Kriegskosten die inneren Aufgaben vernachlässige. Im Verlaufe einer sich daran knüpfenden Debatte behauptete der ehemalige Ministerpräsident Luzzatti, daß ihm als Sprecher einer Abordnung von Deputierten der Arbeitsminister Sacchi im Einvernehmen mit dem Schatzminister Ledesma 50 Millionen jährlich aus der staatlichen Depositenkasse für Bonifikationen besonders in Venetien versprochen hätte. Der Ministerpräsident Giolitti stellte demgegenüber jede Verpflichtung für die Regierung in Abrede, wobei es zu einem heftigen persönlichen Wortwechsel zwischen ihm und Luzzatti kam.

Die extreme Linke ergriff die Gelegenheit, um die Regierung zu Fall zu bringen, wobei die Tatsache mithalf, daß der beteiligte radikale Minister Sacchi schon aus den bekannten allgemeinen politischen Verhältnissen heraus in einer solchen Stellung zwischen der Regierung und der Partei steht. Die Sitzung mußte zweimal unterbrochen werden. Am Schluß verließen Giolitti und die Minister den Saal. — Für den Abend war ein Ministerrat anberaumt. Auch die Fraktionen versammelten sich.

Die Neu-Guinea-Erforschung im Luftschiff.

Von Herrn Oberleutnant a. D. Paul Graeb, dessen Uebersee-Expeditionen, namentlich die Durchquerungen Afrikas im Auto und die gefährliche Expedition im Motorboot, bekannt sind, erhalten wir folgende Zuschrift:

Sehr geehrte Redaktion,
Wegen unser nur von patriotischen und wissenschaftlichen Motiven getragenes Unternehmen sind in der letzten Zeit von der Regierung und von privater, aber interessierter Seite Angriffe von unerhörter Heftigkeit gerichtet worden, die geeignet sind, in der breiten Öffentlichkeit gänzlich falsche Vorstellungen von unserem Unternehmen zu erwecken. Diese Angriffe widerlegen wir jetzt in einer Entgegnung, die wir heute dem Reichsboten überreichen und von welcher wir Ihnen ein Exemplar in der Anlage ergeben überreichen.
Wir stellen Ihnen diese Entgegnung zur Verfügung und wären Ihnen verbunden, wenn Sie auf diese Weise dazu helfen würden, unser Unternehmen von den ihm gemachten Anschuldigungen zu reinigen, umso mehr, als wir mit unserer Expedition dem Vaterlande und seinen kolonialen Interessen dienen wollen, auch wenn die offiziellen Stellen dies heute noch nicht anerkennen wollen. Hat nicht auch Juppelin lange genug gegen derartige Gegenströmungen ankämpfen gehabt?
Indem wir Ihnen für die Hilfe, die Sie damit unserem Werte angedeihen lassen, bestens danken, sind wir mit vorzüglicher Hochachtung
ergebenst
Die Leitung der
Vermessungs-Luftschiff-Expedition nach Neu-Guinea.

Oberleutnant Graeb schreibt in dem Protest: Auf die ausdrückliche Versicherung des Reichs-Kolonialamtes, daß es meinem Unternehmen nicht hinderlich sein wolle, habe ich die Vorbereitung meiner Expedition begonnen. Daß das Unternehmen mit Sicherheit zu Ende geführt werden kann, wenn man alle Faktoren genügend berücksichtigt, davon sind mit mir die besten Kenner des Landes, wie Prof. Preuß und Prof. Dr. Neuhauß völlig überzeugt. Daß ich Neu-Guinea zum Ziel meiner Expedition gemacht habe, hat seinen Grund darin, daß das Innere dieses Landes, welches nach dem Gutachten aller Sachverständigen unerschöpfbare Schätze birgt, bisher allen bisherigen Methoden ausgeführten Expeditionen zu Wasser und zu Lande unzugänglich gewesen ist und nach dem Urteil der von uns zu Rate gezogenen Forscher bleiben wird.
Wenn man alle gegen meine Expedition ins Feld geführten, wenig stichhaltigen Bedenken prüft, insbesondere den Angriff des Reichs-Kolonialamtes auf die Verwendung des Vermessungs-Luftschiffes zur Erforschung Neu-Guineas in Verbindung mit den vorausgehenden Anstrengungen der Erfolge früherer Expeditionen, die sich trotz der hohen Kosten in der Tat auf ein im Verhältnis ganz kleines Gebiet beschränken (nach Prof. Neuhauß 1/40 des ganzen Gebietes) also etwa soviel, wie die Oberpfalz im Verhältnis zu Preußen, so drängt sich die Vermutung auf, daß diese Bedenken nicht das allein treibende Agens gegen die von mir geplante Expedition sind. Und in der Tat habe ich davon Kenntnis bekommen, daß die vom Reichs-Kolonialamt gegen meine Expedition angeführten Gründe nicht die alleinigen und tatsächlichen sein sollen, sondern daß der Hauptgrund des Vorstoßes gegen mein Unternehmen wahrscheinlich ganz wo anders liegt. Danach habe ich, ohne zu ahnen, an einem Monopol gerüttelt: an dem Monopol der Kartenherstellung in unseren Kolonien. Wo große nationale Kulturaufgaben geplant und ausgeführt werden sollen, dürfte man wohl annehmen, daß derartige Interessen nicht mißsprechen sollten.
Die sachlichen Einwände des Reichs-Kolonialamtes widerlegt Prof. Dr. Neuhauß, ein genauer Kenner Neu-Guineas (von den als Gutachter vom Kolonialamt angeführten Mitgliedern der Landesökonomischen Kommission, war nicht ein einziger im Innern Neu-Guineas). Er schreibt in einer ausführlichen Entgegnung, die dem Reichs-

tag überreicht ist: Der von uns gewählte Punkt am mittleren Sepp bei Malu ist der einzige in Deutsch-Guinea, wo man mit großen Schiffen tief in das Innere des Landes eindringen kann. Es sei daran erinnert, daß auf der Karte des Reichs-Kolonialamtes so weite Strecken der Nebenflüsse des Sepp punktiert sind, daß es auch hier für die Luftschiff-Expedition noch viel zu tun gibt. Auch in der ungünstigsten Jahreszeit gibt es ganze Reihen von Tagen, wo man unbedenklich Flüge unternehmen kann. Ein einziger solcher Tag genügt für die Aufnahme von 600 Quadratkilometern! Es ist nicht im Mindesten zu fürchten, daß das Erscheinen des Luftschiffes auf die Eingeborenen einen ungünstigen Einfluß ausübt. Genau wie bei Dampfmaschinen und tausend anderen Dingen, die ihrem Kulturzustand völlig fern liegen, werden die Schwarzen auch beim Anblick des Luftschiffes sagen: „Ihr Weißen macht eben alles.“

Das wichtigste Argument gegen die Ausführungen des Reichs-Kolonialamtes, daß für eine künftige Kriegsführung in unseren Kolonien von allergrößter Bedeutung sein wird, führt der geodätische Mitarbeiter der Expedition, Dr. Gassler, Darmstadt an:

Die üblichen, von Forschern, die geodätisch und topographisch Laten sind, ausgeführten Aufnahmen sind von minimalem Wert, wie die Erfahrungen des Militärs im südwestafrikanischen Kriege zur Genüge bewiesen haben. Selbst die preussische Landesaufnahme schreibt: Beim Beginn des Aufstandes in Deutsch-Südwestafrika im Jahre 1904 machte sich der Mangel einer militärisch brauchbaren Karte dieser Kolonie sehr fühlbar. Es wurde zunächst die sogenannte Kriegskarte, im Maßstabe von 1:800 000, hergestellt. Aber es war klar, daß diese auf stichtigen Skizzen beruhende Karte sehr viele Unrichtigkeiten enthalten mußte und daß sie auf die Dauer in keiner Weise genügen konnte. „Mancher deutsche Reiter hat 1904 sein Vertrauen auf diese Karte mit seinem Leben bezahlt.“ Die Luftschiff-Aerophotogrammetrie ist aber sofort an Ort und Stelle in der Lage, den Forschern durch eine Reihe von Aufnahmen auf Wochen hin die Wege zu weisen. Entgegen dem Kolonialamt äußert sich die Landesaufnahme, daß vom Luftschiff aus eine ausreichende Darstellung der Fluß- und Gebirgssysteme möglich ist. Ebenso wird man mittels der Aerophotogrammetrie aus dem Luftschiff mit großem Nutzen minderwertige, unzuverlässige, veraltete Kolonialkarten verbessern und oft wesentlich bereichern können. Ja, sie sagt sogar: „Vielleicht wird in den nächsten Jahren den Anhängern der Aerophotogrammetrie Gelegenheit geboten, zu erweisen, was ihre Methode leistet in Gegenden Deutschlands, die topographisch denen Südwest-Afrikas verwandt sind. Auch hier würde jedenfalls die Landesaufnahme Interesse und Unterstützung zulassen können.“ Die photographische Landesaufnahme bringt unauffällig und siegreich vor. Länder wie Brasilien, Griechenland, Spanien und sogar die bei uns so sehr als zurückgeblieben verschriene Türkei widerlegen geradezu glänzend die Behauptung des Reichs-Kolonialamtes, daß die photographische Landesaufnahme bisher so wenig Anhänger gefunden hat. Die Erforschung des ganzen Landes würde, gemessen an den Kosten des bisherigen Verfahrens, nicht weniger als 44,80 Millionen verschlingen! Und auch dann würden sich nach dieser „normalen Methode“ des Reichs-Kolonialamtes keine besseren Resultate ergeben, als die, welche uns 1904 in Südwestafrika zur Verfügung standen. Um eine offizielle Begutachtung der vermessungstechnischen Grundlagen der Expedition herbeizuführen,

erklärt sich Dr. Gassler bereit, diese von der Deutschen Seemarine unter Einziehung eines geeigneten Fachmannes der Wolkensphotogrammetrie, des umgekehrten Problems der Aerogeodäsie, unter Ausschluß industrieller Interessenten, prüfen zu lassen.

Es sei betont, daß als selbstverständliche Vorbedingung von der Leitung der Neu-Guinea-Expedition anerkannt wird, daß erst nach der Herstellung der ersten Karten aus der Luft — in Deutschland — die Neu-Guinea-Expedition unternommen wird. Zunächst kommt es darauf an, das Vermessungs-Luftschiff zu schaffen.

Die südalbanische Gefahr.

Aus Janina wird gemeldet: Die friedliebenden Erklärungen der griechischen Regierung zu der Ausstandsgefahr in Nordepirus vermögen nicht die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß in Wirklichkeit das Kabinett von Athen gar nicht mehr die Macht hat, die Bewegung, die sich seit August v. J. in dem Albanien zugesprochenen Teile des Nordepirus vorbereitet, so zu leiten, wie sie es für gut hält. Die epirische Bevölkerung der Distrikte Halipta, Goriça, Colonia, Peshkoviç, Coniça, Kavrajiro, Chimarra, Delino und Kanthi Quaranta wird seit Monaten von ehemaligen griechischen Offizieren in einer Miliz, den sogenannten „Heiligen Bataillonen“ gedrillt. Der Metropolit von Coniça und ein ehemaliger griechischer Oberst Spiromillo haben den Widerstand organisiert. Die alexandrinischen Griechen in den Vereinigten Staaten haben die Aufstandsbewegung mit reichlichen Geldmitteln versehen. Die in New-York erscheinende Zeitung „Atlantis“ hat ein Freiwilligenkorps von annähernd 1000 Leuten ausgerufen, das im Dezember bereits in Kanthi Quaranta mit einer Batterie Schnellfeuer-Geschützen und zahlreichen Maschinengewehren gelandet ist. Für 1 Million Drachmen Büchsenkonjerven brachten die amerikanischen Griechen mit, um sich auch bei einer eventuellen Zernierung verproviantieren zu können. Die Einsahrt in die Bucht von Chimarra ist von Spiromillo durch eine doppelte Kette von Unterseeminen gesichert. Das Land ist derartig zerklüftet, daß nur eine Reihe von Pässen, die leicht besetzt werden können und zum größten Teil bereits mit maskierten Batterien besetzt sind, den Zugang zu diesen Vergabläufen gestattet. Zufällige strategische Positionen des Landes sind von den Südalbanern durch ein ausgedehntes Telefon- und Telegraphennetz untereinander in Verbindung gebracht. Eine erobernde Armee würde sich bei der gewaltsamen Besetzung des Landes vor eine schwierige Aufgabe gestellt sehen.

Aus Wien wird noch berichtet: Zu den neuerlichen heurückenden Meldungen, die aus dem Epirus einlaufen, schreibt die „Neue Freie Presse“: Der Bewegung im Epirus, die angeblich der Unabhängigkeitserklärung des Albanien zugesprochenen Teils des nördlichen Epirus gelten soll, wird in allen europäischen Staatskanzleien große Bedeutung zugesprochen. Die griechische Regierung hat in unzweideutiger Weise die Erklärung abgegeben, daß sie die Beschlüsse der Mächte hinsichtlich des Epirus achten und einer etwaigen panhellenischen Bewegung ihre Unterstützung verweigern und nichts unterlassen werde, was die Räumung des Epirus durch griechische Truppen und die Wiederkehr normaler Verhältnisse verzögern würde. Mit der fortschreitenden Räumung des Epirus durch die griechischen Truppen werde der hellenischen Bewegung auch eine nicht nur flüchtige Stütze entzogen und die reinalbanische Bevölkerung dieser Gebiete werde eine solche Ueberlegenheit über die geringe Zahl von hellenischen Epiroten erlangen, daß die ganze Bewegung sehr bald im Sande verlaufen wird.

Dagegen wird von diplomatischer Seite erklärt, daß die Mächte, falls es sich herausstellen sollte, daß die griechische Regierung ihre Hand bei der Bewegung im Epirus im Spiele habe, fest entschlossen sind, in Athen nicht den geringsten Zweifel darüber zu lassen, daß sie neuerliche Komplikationen nicht dulden, sondern dieselben nötigenfalls zwangsweise verhindern würden.

Der albanische Herrscher in Petersburg.

Aus Petersburg wird gemeldet: Freitag nachmittags hatte Prinz Wilhelm zu Wied eine längere Konferenz mit dem Minister des Auswärtigen. Sodann hatte er mehrere Großfürsten und Großfürstinnen Besuche ab und nahm ein Diner auf der deutschen Botschaft ein.

Der Zar hat dem Fürsten von Albanien den Alexander-Nikola-Orden verliehen. — Der Fürst von Albanien sprach sich sehr bekräftigt aus über den sehr herzlichen Empfang beim Kaiserpaar in Zarstojce-Selo und über den Verlauf der Unterredung, die er nachmittags mit dem Minister des Auswärtigen Sazonow hatte. Nach dem Diner in der deutschen Botschaft fand ein Empfang statt, zu dem auch Sazonow und mehrere Botschafter erschienen waren.

Um die Inselfrage.

Wie das „Berliner Tageblatt“ aus diplomatischen Kreisen erfährt, hat die griechische Regierung den ihr vor ein-

gen Tagen offiziell von der türkischen Regierung unterbreiteten Vorschlag, Chios und Mytilene gegen andere Inseln umzutauschen, abgelehnt. Die griechische Regierung hat in Konstantinopel erklären lassen, daß sie sich in dieser Frage an die Beschlüsse der Großmächte halte und eine türkische Herrschaft auf den beiden Inseln nicht zulassen könne.

Die serbische Anleihe.

Wie in Pariser politischen Kreisen verlautet, sind die Verhandlungen der serbischen Regierung bezüglich der neuen Anleihe in Paris abgeschlossen. Die Anleihe soll ausschließlich für Bahnzwecke Verwendung finden.

Ein neuer Skandal der Canadian Pacific.

Es wird aus Budapest gemeldet: Die Canadian Pacific Gesellschaft scheint ein Fallhorn der Skandalaffären für die Donaumonarchie zu sein. Man wird sich noch erinnern, welches Aufsehen die Angelegenheit der Gesellschaft im Oktober hervorgerufen hat, und nun ist in Kroatien wieder ein höchst merkwürdiges Geschäft der Gesellschaft entbült worden. In der gestrigen Sitzung des kroatischen Landtages erhob der Abgeordnete Jagorac gegen den Ministerialrat Frank, den Direktor der Abteilung für Auswandererangelegenheiten die Anklage, daß er eine ständige Geldunterstützung und beträchtliche Provisionen von der Gesellschaft erbielte. Jagorac behauptet, Ministerialrat Frank hätte von der Canadian Pacific für jeden Auswanderer aus Kroatien 5 Kronen bekommen. Er bezog eine monatliche Unterstützung von 300 Kronen von der Gesellschaft, und leistete der Gesellschaft wirksame Beihilfe bei der Auswanderung Wehrpflichtiger, wofür er für jeden kroatischen Wehrpflichtigen, der durch die Canadian Pacific das Land verließ, 30 Kronen Provision erhielt. Angesichts der Tatsache, daß allein im Jahre 1912 2394 Wehrpflichtige Kroaten auf Schiffe der Canadian Pacific verließen, machte diese Provision in diesem einzigen Jahre das nette Sümme von 70 000 Kronen aus. Jagorac behauptet ferner, die Gesellschaft hätte dem Ministerialrat und seinem Bruder je 50 000 Kronen versprochen, falls es ihnen gelingen würde, eine ausschließliche Konzession für die Canadian Pacific zu erwirken. Das ist aber dem Ministerialrat nicht gelungen, trotzdem er sich redlich Mühe gab, die Konzession zu erwirken.

In der Skandalaffäre, die in Agram und Budapest eine heftige Sensation erregt, ist unter anderem auch der frühere Banus von Kroatien Tomasiß kompromittiert. Die Canadian Pacific bot ihre kroatische Generalvertretung der kroatischen Hypothekbank an, dessen Direktor Tomasiß ist, aber nur unter der Bedingung, daß eine ausschließliche Konzession erwirkt wird. Tomasiß leitete auch die diesbezüglichen Verhandlungen mit der ungarischen Regierung ein, aber inzwischen kam die Entbültung des österreichischen Canadian Skandals und damit war der Weg für die Gesellschaft in Kroatien vorläufig versperrt. Es wird ferner behauptet, daß in der Affäre auch noch einige ungarische Politiker kompromittiert sind.

Kurze politische Nachrichten.

Der frühere chinesische Ministerpräsident gestorben.

Aus London wird gemeldet: Der frühere chinesische Ministerpräsident Jaoapingtschin erkrankte am gestrigen Tage ganz plötzlich und verschied bald darauf. Man vermutete, daß es sich um eine Vergiftung handelte. Er wurde im Dezember 1911 zum Premierminister ernannt und lenkte die Aufmerksamkeit Quanschikais auf sich, als er Polizeichef von Tientsin und Quanschikai Bizeleut von Tschili war. Zuletzt war er in wichtiger Stellung in Tschili Quanschikais rechte Hand.

Ein Sieg der französischen Regierung.

Aus Paris meldet man: Die gestrige Kammer Sitzung hat mit einem entscheidenden Siege der Regierung geendet. Eingeleitet wurde die Debatte durch eine scharfe Kontroverie zwischen dem Finanzminister Caillaux und dem Abgeordneten Benoist. Sodann entwickelte Caillaux seine Finanzpolitik und erklärte, daß er die große Anleihe unbedingt verweigern würde, indem er gleichzeitig hinzufügte, daß er später die Kammer auffordern würde, sich unzweideutig darüber auszusprechen, ob sie die Politik der Regierung billige oder nicht. Nach einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Briand und Millerand einerseits und Caillaux andererseits erklärte Ministerpräsident Doumergue, daß er von den sechs vorgelegenen Tagesordnungen nur

eine annehmen könne, nämlich diejenige, die der Politik der Regierung das Vertrauen ausbreite. Diese Tagesordnung wurde bei der Abstimmung mit einer Mehrheit von 10 Stimmen angenommen. Die Sitzung wurde sodann aufgehoben.

Kriegszustand in Valencia.

Aus Madrid meldet der Draht: Heuerst beunruhigende Meldungen laufen aus Valencia hier ein, sodas sich der Generalgouverneur veranlaßt gesehen hat, insofer des in der Stadt herrschenden Generalkrieges den Kriegszustand zu verhängen. Alle Ansammlungen auf den Straßen sind verboten. Im Falle von Zuwiderhandlungen sind die Truppen angewiesen worden, von der Waffe Gebrauch zu machen. Verschiedentlich kam es zwischen Manifestanten und Truppen zu blutigen Zusammenstößen. Es wurden 30 Verhaftungen vorgenommen. Um den Gebrauch von Feuerwaffen zu vermeiden, hat der Generalgouverneur dringend Verfügungen an Kavallerie erbeten. Der Straßenverkehr stockt vollkommen. Die Kasernen sind in Schlachthöfe umgewandelt worden, um die Bevölkerung mit frischem Fleisch versorgen zu können. Voraussichtlich dürfte die Regierung den Unruhen bald ein Ende machen, indem sie die städtischen Steuern wieder aufhebt.

Russische Millionenbestellungen im Auslande.

Wie der „Temp“ aus Petersburg erfährt, wird der russische Minister der öffentlichen Arbeiten den Ministerrat um die Ermächtigung ersuchen, im Auslande 9600 Tonnen Panzerplatten, 3200 Tonnen Eisenbahnwagen und 6120 Tonnen Spezialwagen zu bestellen. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß die russischen Werke mit Aufträgen überhäuft sind und daher die vom russischen Staate ausgeschriebenen Arbeiten nicht rechtzeitig fertigstellen könnten. Es sollen bereits mit bedeutenden ausländischen Firmen Verhandlungen begonnen worden sein, die die vertraglichen Lieferzeiten einhalten und sogar zu billigeren Preisen liefern können als die russischen Werke.

Kämpfe um Tripolis.

Aus Benghazi wird gemeldet: Die italienischen Truppen aus dem Gebiet Benghazi rückten auf Sidi Ibrahim vor. Das dritte erbkroatische Bataillon hatte einen Zusammenstoß mit ungefahr 600 bewaffneten Unständlichen, die zur Flucht gezwungen wurden. Der Feind ließ auf dem Schlachtfelde 170 Tote zurück und nahm sehr zahlreiche Verwundete mit. Italiensierseits wurden ein Offizier und 20 Askari getötet und ein Offizier und einige Askari verwundet.

Der neue türkische Botschafter für Amerika.

Der frühere Botschafter in Berlin, Osman Nhami Pascha, ist zum Botschafter in Washington ernannt worden. Die Ernennung erregt in Konstantinopel allgemein große Ueberschuldung, da man annahm, daß Osman einen wichtigen europäischen Botschafterposten erhalten würde.

Zur Lage in Mexiko.

In der Note, welche die Regierung in Mexiko nach Washington geschickt hat, und von der sie den dortigen fremden Gesandtschaften Abschriften zugesandt hat, mißt sie indirekt den Vereinigten Staaten die Schuld an dem Tode Bentons bei. Sie drückt die Hoffnung aus, daß die Vereinigten Staaten einsehen werden, welche schlimmen Folgen die Aufhebung des Waffenembargos zugunsten der Insurgenten gehabt habe, und daß sie Schritte tun werden, um der mißlichen Lage abzuhelfen. Nach einer Meldung aus Chihuahua willigte General Villa nach wiederholten Besprechungen mit dem amerikanischen Konsul ein, daß die Kommission, die die Leiche Bentons untersuchen wird, aus zwei Amerikanern, zwei Engländern und einem Arzt bestehen soll, dem gestattet wird, eine genaue Untersuchung der Wunden der Leiche vorzunehmen. Auch die Witwe und einige Angehörige Bentons dürfen der Untersuchung beiwohnen.

Arbeiterbewegung.

Streikbewegung in Lodz. In den kleineren Fabriken des Lodzer Kanons setzte eine Streikbewegung unter den Arbeitern ein, die täglich einen aröheren Umfang annimmt. Die Arbeiter verlangen eine Lohnerhöhung um 25 Proz.

Beschluß der streikenden Tischler in Genf gegen deutsche Arbeitswillige. Aus Genf wird gemeldet: Bei dem bereits vorige Woche angefügigten Protestmeeting sämtlicher hiesiger Gewerkschaften zugunsten der seit vier Monaten im Streik befindlichen Tischler wurde nach er-

Eine unbekannte Prophezeiung Kobergues auf das Jahr 1914.

Hermann Krenz veröffentlicht in Märzhefte des „Greif“, dessen Ausbängebogen aus der Cottische Verlag freundlichst zur Verfügung gestellt hat, einen Aufsatz über zwei unbekannte Dramen Kobergues, die, obwohl beide vor etwa 100 Jahren aufgeführt, heute vollkommen verschollen sind, da sie in die Gesamtausgabe der Werke Kobergues keine Aufnahme gefunden haben. Hermann Krenz hat die Manuskripte im handschriftlichen Nachlasse Kobergues aufgefunden. Das eine der Stücke, „Auch Jemand's unterirdische Reise“, ist ein Pastichell auf Napoleon und nebenbei eine ziemlich harmlose Parodie auf Goethes Faust und gehört zu zwei anderen Napoleon-Pastichellen Kobergues; das andere Stück ist eine Zukunftsentwurf, wie sie ja neuerdings — man denke an Bellamy — wieder beliebt geworden sind und gerade jetzt besonders anziehend, weil es sich um nichts anderes handelt, als um eine Prophezeiung auf das Jahr 1914.

Das Vorspiel mit Gesängen und Tänzen „Die hundertjährigen Eichen oder das Jahr 1914“ wurde am 19. und 24. Oktober 1814 im Berliner Kgl. Opernhaus aufgeführt. Die Handlung des Vorspiels ist nach Krenz dürftig-sinnig. Ein Jüngling und ein Mädchen, Bruder und Schwester, jugendlich, fromm und bieder, wie nur immer die „alte alte Zeit“, erwarten anno 1914 die Rückkehr des 100jährigen Urururfels. Der rüstige Greis hat auf der einsamen Insel, wo seine Wiege stand, im Rousseauschen Freiheits-elemente gelebt, weit getrennt von der übrigen Welt, „geschützt vor europäischem Gifte“. Gedrängt von Sehnsucht nach dem Lande seiner Väter, kommt der alte Herr gerade zurecht zur Hochzeit seiner Enkelinichte und zum Jahrsrückkehrfest, das Fürst und Volk begehen. Der Dinge, die sich seit 1814 in Deutschland ereignet und entwickelt haben, völlig unkundig, läßt er sich froh durch Ohr und Auge belehren.

Freilich hat die Welt wenig von dem gehalten, was Kobergue vor 100 Jahren in Aussicht stellte: „Das Zukunfts-drama träumt keineswegs von inneren Umwälzungen der Staaten. Die Throne Europas stehen fester denn je. Das Festspiel singt sogar aus in eine Sublimierung vor den Gebrüchern der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. 1914 erkennen die Völker, daß sie ihre Erzeugnisse nicht nur den Herrschern vor 100 Jahren zu danken haben, ganz

besonders denen von der heiligen Allianz. Im übrigen ist Europa heute ein Paradies: seit dem Jahre 1814 wurde kein Grenzstreit mehr auf der europäischen Landkarte verdrückt. Und 1914 (unmittelbar nach den ungeheuren Blutopfern der Balkankriege) ist das volle Jahrhundert eines ungehürten Friedens abgeschlossen. Und nun gar Deutschland! Träumereiische Hoffnungen wurden vor 100 Jahren auf der Berliner Hofbühne dem deutschen Volke garantiert, die sich heute post festum wie Spott ausnehmen. Im Jahre 1914 sind die Armeen längst abgeschafft, es gibt keine allgemeine Wehrpflicht mehr und selbst der Milizgedanke hat nur noch den Sinn, daß der Bürger ein Wehrgeheiß als Abzeichen seiner Würde und Freiheit trägt. In Preußen-Deutschland singt man nicht mehr „Heil Dir im Sieger“, sondern „Heil Dir im Friedensstrang“. Der Fürst zieht mit seinem Hof ohne Pomp auf, die Hof- und Staatswürden-träger sind schlichte Männer der Arbeit. Volk und Fürst sind eins, und wenn der fremde Greis zaghaft fragt: „Und so ist's liberal im Deutschen Reich?“ lautet die Antwort: „So ist's in Europa überall.“ Alle Bürger ringen nach einem Ziele, selbst die soziale Frage ist gelöst, und der Alte, der den Armen einen lösharen Edelstein schenken will, bekommt die Antwort: „Behaltet ihn, wir haben keine Armen, denn Friede und Wohlstand sind ja eins“. Bei der Jahrhundertfeier preisen die einzelnen Stände in schwing-vollen Chorgesängen die Blüte des Zeitalters und schließlich hält — nach Kobergues Prophezeiung — Kaiser Wilhelm eine lange Rede. Er wird zwar nicht beim Namen genannt, jedoch als der „deutsche Fürst“ und als „Urenkel des Preußenkönigs von 1814“ bezeichnet.

Von allen Zukunftsphantasien Kobergues ist nur eine verwirklicht: Kobergue hat an das föderativ geeinigte Deutschland geglaubt, denn er spricht von einem „Bundesrat, an dem ganz Deutschland sich vereint“. Und was ist das Hüb-sche? Das Hübische ist das Weibchen, mit dem der hundertjährige Greis anno 1914 in Berlin ankommt. Man hört in der Ferne ein Pöhhorn. Dann hält ein Waagen . . . keine Ahnung von Dampf, Benzin und Elektrizität dämmerte im Haupte des Propheten . . .

Die Rückkehr der Mawson'schen Expedition.

Die „Aurora“, das Expeditionschiff von Dr. Mawson's Südpolarexpedition, ist am Donnerstag in Port Adelaide eingetroffen. Hiermit kommt eine der bemerkenswertesten antarktischen

Expeditionen zu einem Ende. Dr. Mawson ist der einzige Ueberlebende von dreien — die beiden anderen waren Leutnant Rinnis und Dr. Mery —, die eine der Forschungs- abteilungen bildeten. Leutnant Rinnis und ein ganzes Säkittengespann, das den größten Teil des Proviant's trug, fielen in eine unergründliche Gletscherspalte, und Dr. Mery erlag nach einem 43 Tage langen Marsche den Entbränden. Mit ein paar halbverhungerten Hunden marschierte Dr. Mawson weitere 30 Tage, und erreichte schließlich die Commonwealth-Bucht, aber die „Aurora“ hatte eine Stunde zuvor bereits die Anker gelichtet. Das Schiff war höchstens eine halbe Meile von der Küste entfernt, aber dieser tragische Zufall war der Grund, daß Dr. Mawson und die Hülfs-Expedition von sechs Mann, die zurückgelassen worden war, erst ein Jahr später die Heimreise antreten konnten. Eine drahtlose Station war auf der Macquarie-Insel errichtet worden, und seit dem September 1912 schickte Dr. Mawson täglich Wetterberichte nach Australien. Die wissenschaftlichen Ergebnisse der Expedition stehen denen anderer Expeditionen in keiner Weise nach, übertreffen sie sogar in mancher Beziehung. Die Expedition verließ Australien im Dezember 1911.

Dr. Mawson erzählt u. a., daß er nach dem Tode seiner Gefährten dreifig Tage lang allein gewandert und nur wie durch ein Wunder dem Tode entgangen sei. In dem Schneesturm, der ihn eines Tages überlieferte, habe er, als der Morgen dämmerte, in der Ferne einen schwarzen Punkt gesehen. Als er diesem näherkam, habe er ein Lebensmittel-depot gefunden, das von einer Hülfs-Expedition errichtet worden war. Die Nahrung, die er darin vorfand, habe genügt, um ihm neue Kräfte zu verleihen, und er habe seinen gefährlichen Weg bis zum Hauptankerort fortgesetzt, das noch ungefahr fünfunddreißig Kilometer entfernt lag. Er konnte aber nicht mehr als drei Kilometer an einem Tage zurücklegen.

Gerhart Hauptmann und das Berliner Künstlertheater.

In der letzten Zeit waren in der Presse Gerüchte über eine bevorstehende Schließung des Deutschen Künstler-theaters (Sozietät) verbreitet. Diese Gerüchte finden zwar keine Bestätigung, dagegen dürften, wie die „Neue Preuss. Korr.“ erfährt, innerhalb der „Sozietät“ wesentliche Veränderungen bevorstehen. Die pekuniären Misserfolge, die die Verwalter des Brahmins Erbes zu verzeichnen hatten, werden in fastreien nicht zuletzt auf den Einfluß zurück-

regter Debatte über die Streikfrage der Beschluß gefaßt, mit allen Mitteln den von den Tischlermeistern hierher beauftragten arbeitswilligen Deutschen den Aufenthalt in Genf unmöglich zu machen.

Plenar Sitzung der Handelskammer.

(Schluß.)

+ Wiesbaden, 27. Februar.

Stellungnahme zum Kommunalabgabengesetz.

Syndikus Dr. Merbot berichtet über das Kommunalabgabengesetz. Der neue Entwurf eines Kommunalabgabengesetzes verfolgt in erster Linie den Zweck, die Einnahmeweise der Gemeinden zu erweitern. Nach dem Ergebnis der neuen Veranlagung zur Einkommensteuer infolge der Wehrsteuer brachte dies Ziel der Erweiterung nicht mehr so weit gestreift zu werden, wie es in dem Entwurf geschieht. Besonderen Widerspruch muß die Kammer erheben gegen die Bestimmungen in den §§ 25 und 26.

1. § 25, der den Gemeinden die Erhebung besonderer Steuern vom Grundbesitz gestattet, will, daß der Begriff Grundbesitz alle nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts zu ihm gehörenden Bestandteile umfaßt. Die Handelskammer erhebt dagegen Einspruch, daß der Wert von größeren Maschinen, Aufzügen und sonstigen Gewerbeeinrichtungen zur kommunalen Grundsteuer herangezogen wird, da das eine ungeheure Mehrbelastung der Industrie zur Folge haben muß.

2. Ferner erhebt die Kammer gegen die Bestimmung des § 26 Einspruch, wonach als die Steuerpflicht begründende Betriebsstätten auch Bauausführungen zu gelten haben, welche die Dauer von sechs Monaten übersteigen. Dadurch würden nicht bloß die großen Baufirmen, sondern alle kleineren Bauunternehmer betroffen werden, welche Willen und sonstige Wohnhäuser in benachbarten Gemeinden zu bauen haben.

Gegen die Beibehaltung der alten Grundzüge, welche für besondere Gewerbebetriebe der Gemeinden gelten, hat die Kammer nichts einzuwenden. Auch will die Kammer gegen die neue Bestimmung im § 31 nicht Einspruch erheben, wonach eine verminderte Abführung der Gewerbesteuer und Prozente zulässig ist, wenn in der Gemeinde Handelsbetriebe als Filialen auswärtiger Unternehmungen betrieben werden. Ferner nicht gegen die Einschränkung der Staatsaufsicht im § 57, wonach die Beschlüsse der Gemeinden der Genehmigung der Staatsbehörde erst dann bedürfen, wenn der Satz von 150 Prozent statt bisher 100 Prozent der Einkommensteuer überschritten wird. Die neue Heranziehung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung zur Gemeindeeinkommensteuer erscheint ebenso ungerecht wie die bereits bestehende Heranziehung der Aktiengesellschaften zur Gemeindeeinkommensteuer.

In diesem Sinne soll eine Eingabe an den Landtag gerichtet werden. Hier in Wiesbaden ist bekanntlich eine Filialsteuerordnung durch den Bezirksausschuß abgelehnt worden. Inzwischen liegt diese Steuerordnung dem Provinzialausschuß vor. Ein Entschluß dort ist noch nicht erfolgt.

Rassauischer Verkehrsverband.

Der Frankfurter Verkehrsverband hat die, inzwischen vollzogene, Gründung eines Nassauischen Verkehrsverbandes angeregt, um alle Kräfte in Gemeindeverwaltungen und sonstigen Kommunalverbänden sowie Vereinen zusammenzufassen, um Freunde und Ansiedler nach dem Regierungsbezirk Wiesbaden zu ziehen. Der Verkehrsverband verfolgt ein sehr nützliches Ziel. Die Handelskammer wird im Interesse ihres Bezirks, der an dem Fremdenverkehr des Regierungsbezirks einen Hauptanteil hat, gut tun, sich dem Verein anzuschließen. Von zehn Jahren hat die Handelskammer selbst einen Fremdenverkehrsverein für den Regierungsbezirk Wiesbaden angeregt, dessen Gründung in letzter Stunde, trotz der warmen Fürsprache des damaligen Stadtverordneten Kalkbrenner, an der Gleichgültigkeit, ja an dem direkten Widerspruch von Beamten der Stadt Wiesbaden gescheitert ist. Wäre damals der Nassauische Verkehrsverein zustande gekommen, dann hätte Wiesbaden die Führung erhalten, die heute Frankfurt zugefallen ist.

Das Kammermitglied Jung empfiehlt den Beitritt, und die Kammer beschließt demgemäß.

Stellenvermittlung für Kaufleute in Wiesbaden.

Der Kaufmännische Verein Wiesbaden hat sich im Dezember vorigen Jahres an die Handelskammer mit dem Ersuchen gewandt, die Handelskammer möge den jährlichen Zuschuß von 300 M., den die Handelskammer dem Verein für kaufmännische Stellenvermittlung bewilligt habe, zurückzahlen. In der Begründung zu seinem Ersuchen führt

geführt, den sich Gerhart Hauptmann neben Rudolf Ritter in Regieangelegenheiten gesichert hat. Während zu Lebzeiten Brahms dieser Einfluss Hauptmanns auf die Regie infolge des damaligen Leiters des Festspieltheaters auf ein Mindestmaß beschränkt blieb, haben sich die Dinge sehr zum Schlechten geändert, seitdem sich Rudolf Ritter und Gerhart Hauptmann in die künstlerische Leitung der Bühne teilten. Gerhart Hauptmann hat, wie am auffälligsten aus seiner „Tell“-Inszenierung hervorging, unbeschadet seiner dichterischen Qualitäten von den Aufgaben der Regie eine erheblich andere Vorstellung, als die maßgebenden Schauspielerkreise. Was andererseits Rudolf Ritter betrifft, so hatte man auf ihn als Regisseur die denkbar größten Erwartungen gesetzt. Leider zeigte er sich gegenüber Hauptmanns Einflüssen in so hohem Maße gefügig, daß er als Regisseur völlig ausgeschaltet wurde, und nur bisweilen, wie bei der Aufführung des „Drauf“, kollegial mit seinem Namen für die Regie zeichnet. Eine grundlegende Wendung zum Besseren erwartet man daher von dem Ausscheiden Hauptmanns, der vorwiegend, ebenso wie Rudolf Ritter, in allernächster Zeit diese Stellung als Regisseur niederlegt.

Theater.

Königliches Hoftheater. Wiesbaden, 28. Febr. Die gestrige Aufführung von Menzels seit Jahresfrist nicht mehr auf dem Spielplan erschienenen Volksoper „Der Evangelist“ fand bei der leider nicht sehr zahlreichen Zuhörerschaft die gewohnte dankbare Aufnahme. Im Mittelpunkt des Interesses standen wie gewöhnlich die beiden „feindlichen Brüder“ Matthias und Johannes (Herren Forchhammer und Schütz), deren große Szene im letzten Akt unbedingt den Höhepunkt des ganzen Abends bildete. Auch die Vertreter der übrigen Partien, Frau Kramer (Martha), Frau Schröder-Kaminsky (Magdalena) und Herr Ehard (Justiziar) erfreuten durch die gewohnten trefflichen Leistungen. Die lebensvolle Regie wurde durch die Herren v. Schenk (Schnapf), Richter (Bitterbar) und Döring (Hans) gleichfalls zu starker und eindringlicher Wirkung erhoben; doch möchten wir Herrn Richter, der offenbar kein Rollenist ist, anraten, dem ergreifenden Moment des Abendlautens künftig nicht wieder durch unpassendes Spiel seine weiche Stimme zu rauben. Chor und Orchester, letzteres unter Herrn Professor Schlar, boten durchweg Gutes und gaben zu erneuter Besprechung keinen Anlaß. F. K.

der Kaufmännische Verein aus, daß es nicht standesgemäß sei, wenn der Kaufmann an gleicher Stelle, wo Dienstboten und kleinerer Arbeit erhalten, seine Stellen nachweisen bekommt, daß den einzigen Vorteil von der städtischen Stellenvermittlung die Sozialdemokratie habe und daß ferner nur Vorteile haben die rein konfessionellen Verbände, die unter dem Deckmantel des Arbeitsamts sich Vorteile zu erringen versuchen, die ihnen sonst von der Kaufmannschaft versagt werden.

Die Eingabe wird, einer Mitteilung des Kammer-Syndikus gemäß, unterstützt durch den Kreisverein Wiesbaden, den Deutschen Bankbeamtenverein, den 58er Verband, den Höchster Verein usw. Dr. Merbot empfiehlt, in eine Prüfung einzutreten, ob in der Tat die geringsten Mängel vorhanden seien, und zunächst zu sehen, ob sie vom Arbeitsamte zugehandelt werden. In den letzten fünf Monaten seien durch das Arbeitsamt 200, im Durchschnitt auf den Monat 40 bis 50 Stellen vermittelt worden. — An den Vortrag schließt sich eine eingehende Besprechung an. Im Laufe derselben erklärt Kammermitglied Stamm (Wiesbaden), gleich bei der Umwandlung des früheren Arbeitsnachweises in das Arbeitsamt seien ihm Bedenken gekommen, ob seine Einrichtungen, soweit die Kaufmannschaft dabei in Frage komme, sich als zweckentsprechend erweisen würden. Er beantragte, den Zuschuß nicht weiter zu bewilligen, ohne das Ergebnis der von Dr. Merbot angeregten Feststellungen abzuwarten. — Kammermitglied Konsul Bradenwit unterstützt den Antrag von Dr. Merbot. — Kammermitglied Jung (Wiesbaden): Seines Erachtens sei es überflüssig, auf das Ergebnis der zu machenden Erhebungen zu warten. Wenn gleich gerade der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband gegenüber der Kammer keinerlei feine besonders freundliche Stellung eingenommen habe, so dürfe das doch nicht ausschlaggebend sein. Volle der Kaufmännische Verein, gemeinsam mit den übrigen kaufmännischen Organisationen, die Übertragung der Stellenvermittlung, so müsse man ihn darin unterstützen, ganz unabhängig davon, ob die erhobenen Beschwerden gerechtfertigt seien oder nicht. Weil immerhin das Arbeitsamt sich für die Kaufmannschaft auch sonst nützlich erweise, beantrage er, für das laufende Jahr von der Entziehung des Zuschusses abzusehen, dagegen in der Folge die 300 M. zwischen dem Arbeitsamte und dem Kaufmännischen Verein in der Art zu teilen, daß jeder Teil die Hälfte erhalte. Syndikus Dr. Merbot spricht gegen die Halbierung der 300 M. Vorläufig bitte er, die bereits in den Voranschlag eingeschlagenen Mittel nicht zu streichen, und ehe die Erhebungen nicht zu Ende geführt seien, auf die grundsätzliche Frage nicht einzugehen.

Nach weiteren Ausführungen der Kammermitglieder Stamm, Cramer, und Schulz erklärt Kammermitglied Kommerzienrat Daffner: Ihm scheint es ausgeschlossen, daß sozialdemokratische oder konfessionelle Einflüsse sich im Arbeitsamt geltend machen. Er befürworte die Annahme des Antrages Merbot. — Kammermitglied Heymann schlägt vor, Erkundigungen einzuziehen, wie das Statut gehandhabt werde, und eventuell für Abhilfe vorhandener Mängel Sorge zu sein. Bessere Stellen pflegten bei den kaufmännischen Vereinen angemeldet zu werden, während das Arbeitsamt an der Hauptsache geringere Stellen vermittele. Schließlich wird gemäß dem Antrag Merbot beschlossen, die Anfrage an das Arbeitsamt zu richten und die Veranlassung des Weiteren dem Kammervorstand zu überlassen.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 28. Februar.

Vom Rennklub. Der kommandierende General des 18. Armeekorps Erzengel v. Schenk, General der Infanterie, Generaladjutant des Kaisers und Königs, in dem Ehrenauschuss des Rennklubs Wiesbaden, E. B., beigetreten.

Silberne Hochzeit. Sonntag, den 1. März, feiern die Eheleute Karl Kuhn, Sedanstraße 13, ihre Silberhochzeit.

Alpha. Wir können heute die erfreuliche Mitteilung machen, daß der Magistrat die Räume des Paulinenschloßes für die im Monat September l. J. stattfindende Allgemeine Photographische Ausstellung zur Verfügung gestellt hat. Die Alpha hat schon jetzt in den weitesten Kreisen der Liebhaber- und der Berufsphotographie, sowie der photographischen Industrie ein großes Interesse erregt und die Anmeldungen laufen täglich sehr zahlreich ein. Es kann deshalb heute schon angenommen werden, daß die Ausstellung sich großzügig entwickeln und eine für die Weltstadt sehr bedeutende Veranstaltung darstellen wird.

Von der Wiesbadener Schützengesellschaft. In der letzten Woche beschäftigte eine Abordnung des Frankfurter Magistrats in Gemeinschaft mit den Schützenmeistern der Frankfurter Schützengesellschaft das neue Schützenhaus der Wiesbadener Schützengesellschaft. Die Frankfurter Herren wurden vom Vorstand der Wiesbadener Schützengesellschaft empfangen. Nach Besichtigung aller Schießanlagen und der Restaurationsräumlichkeiten sprachen die Herren einstimmig ihr Lob über die großzügige und technisch einwandfreie Schießanlage und über die herrlichen und gemütlichen Restaurationsräume aus. Der Frankfurter Schützengesellschaft wird von der Stadt Frankfurt eine mit allen modernen Errungenschaften der Schießtechnik ausgestattete Schützenhaus errichtet, und es sollen hierbei die Wiesbadener Anlagen als Muster dienen. — In dem neuen Schützenhaus findet am Sonntag, den 1. März, das diesjährige Strohschießen der Wiesbadener Schützengesellschaft, verbunden mit Konzert und Tanz, statt. Gleichzeitig stehen den Mitgliedern der Gesellschaft und Freunden des Schießsports verschiedene Scheibenarten zum Beschießen frei. Die Autoverkehrs-Gesellschaft wird 2,30 Uhr und 3,30 Uhr einen Auto-Omnibus nach dem Schützenhause laufen lassen, und es ist dafür Sorge getragen, daß auch abends zwischen 10 und 12 Uhr Autos zur Heimförderung am Schützenhaus bereit stehen. Für Verpflegung wird durch den neuen Restaurateur auf das Beste gesorgt werden. Auch für Unterhaltung durch Musik usw. und für die Meinen durch Aufstellung eines Karussells, Gelegenheit zum Reiten usw. wird Sorge getragen.

Die Frühjahrskontrollversammlungen finden im Stadtfreie Wiesbaden in der Zeit vom 1. bis 4., 6. und 7. und 15. und 16. April statt. Die Angehörigen des Beurteilungsbundes werden gut tun, die Bekanntmachungen des Bezirkskommandos zu beachten, die im einzelnen vorzugehen, an welchen Tagen und wo die verschiedenen Truppenarten und Altersklassen Kontrollversammlungen haben.

Die Krankenversicherung der Handlungsgehilfen hat durch das Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung eine grundlegende Veränderung erfahren. Rund 200 000 Handlungsgehilfen haben in den gezielten Zwangs-Rankenklassen des Ruben ihre Rechte und Pflichten beantragt, weil sie die Mitgliedschaft in einer kaufmännischen Krankenkasse erworben haben. Den größten Zuwachs unter den kaufmännischen Erschaffenen hat die Deutschnationale Kranken- und Begräbnis-Kasse, Hamburg, aufzuweisen, die seit Anfang des Jahres 1912 um 40 000 Mitglieder zugenommen hat und damit die größte der kaufmännischen Krankenkassen ist. Sie hatte am 1. Januar 1914 mehr als 64 000 Mitglieder. An zweiter Stelle steht die Krankenkasse

des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, die in der gleichen Zeit um 14 000 Mitglieder zugenommen hat und am 1. Januar 1914 fast 61 000 Mitglieder zählte. Dann folgt die Krankenkasse des 1888er Vereins mit einer Zunahme von 13 000 Mitgliedern. Der Rest verteilt sich auf eine Anzahl kleinerer Kassen, die zum Teil lokaler Natur sind. Eine für die Handlungsgehilfen sehr wichtige Neuerung ist auch die, daß der Antrag auf Ruben der Rechte und Pflichten bei der Zwangs-Rankenklasse von jetzt an vierteljährlich gestellt werden kann. Wer bis zum 28. Februar den Antrag bei seiner Zwangs-Rankenklasse stellt und dann im Laufe des März einer Krankenkasse beiträgt, der ist vom 1. April ab von den Beiträgen zur Cris- oder Betriebs-Rankenklasse zu befreien.

Jaahliches. Mit dem 28. Februar geht die Schußzeit auf männliches Rot- und Damwild und damit die eigentliche winterliche Jagdperiode zu Ende. Die Jagd ist fortan nur noch offen auf Auer-, Birk-, Hasel- und Fasanen-Wähe, auf Trappen, Wildenten, Schneespen — Oculi, am 15. März, da kommen sie — und anderes Wassergeflügel.

Die Preise der Lebensmittel weisen gegen die Vormoche keine bemerkenswerten Änderungen auf, außer einem Rückgang der kürzlich in die Höhe gegangenen Kartoffelpreise. Erdbehrabi, Rottkaut und Weißkraut sind billiger, Rosenkohl und Spinat teurer geworden. Kapsel und Birnen werden teurer.

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge usw.

Königliches Theater. Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die heutige Aufführung von „Der verwandelte Komödiant“ und „Der Diener zweier Herren“ bereits um 6 1/2 Uhr beginnt.

Residenz-Theater. Agnes Sorma hat in „Marys großes Herz“, dem neuen Lustspiel von Korffs Holm, das hier am Montag gegeben wird, in Leipzig einen sensationellen Erfolg gehabt. Das reizende Lustspiel, das sich alle Bühnen erobert, bringt für unseren großen Gast eine glänzende Rolle: die schöne, elegante Frau von 40 Jahren, die noch jung im Fühlen und Lieben ist und mit ihrem Charme noch alle Männer fesselt. Es ist sehr interessant, Agnes Sorma wieder in neuen Rollen zu sehen, wie sie ja auch ihre zweite Gattin, „Eva“ von Sob, hier am Mittwoch zum ersten Male spielt.

Im Kinephon-Theater und im Biophon-Theater werden in der kommenden Woche außerordentlich interessante Filme vorgeführt, so im ersteren u. a. „Diebelei“ von Arthur Schnitzler und im letzteren „Englein“ mit Lisa Nielsen.

Das Thalia-Theater wird das mit so großem Beifall aufgenommene Weichespil „Parissal“ noch drei Tage bis einschließlich Montag zur Vorführung bringen.

Moderne Bibelabende. Wir machen darauf aufmerksam, daß der vierte moderne Bibelabend, an dem Pfarrer Bedmann über „Pisgassen“ sprechen wird, am Dienstag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, in der Luther-Kirche stattfinden wird.

Zum Wohnungswechsel bringt die Firma Frank u. Marx, Kirchstraße 31, ihre bedeutend vergrößerte Spezialabteilung für Gardinen, Dekorationen und Teppiche in Erinnerung. Aus der unserer heutigen Auflage beigelegten Beilage erfahren unsere Leser, daß die Firma für die kommende Saison in größten Sortimenten sämtliche Neuheiten bietet. Die Frontischaufenster nach der Kirchstraße zu sind nur mit Gardinen, Teppichen, Stores, Läuferstoffen etc. dekoriert. Außerdem hat die Firma im vor. Jahr durch Einzahlung größerer Räumlichkeiten im Nebengebäude ihr Geschäft erweitert.

Aus den Vororten.

Wiesbaden.

Unglücksfall. In den Chemischen Werken wurde am Mittwoch der 56 Jahre alte Arbeiter Jakob Schädel im Aufzugsschacht vom Aufzug erwischt. Ihm wurde dabei der Hinterkopf skalpiert sowie vier Rippen gebrochen. Das Befinden des Schwerverletzten, der im städtischen Krankenhaus Aufnahme gefunden hat, ist heute den Verhältnissen entsprechend zufriedenstellend.

Nassau und Nachbargebiete.

Die Rheinschiffahrt.

Infolge der zurzeit meist trockenen Witterung geht das Wasser im Rhein schnell zurück. Auch die Nebenflüsse des Rheines haben einen fallenden Wasserstand zu verzeichnen. Die schiffahrtlichen Verhältnisse sind jedoch immer noch so gut, daß selbst die größeren und größten Fahrzeuge ungehindert ihre Fahrten, selbst bis nach Basel hinauf, unternehmen können. Da der Güterverkehr nach wie vor noch manches zu wünschen übrig läßt, ist das Angebot von Leertraum gegenüber der Nachfrage groß. Die Folge davon ist, daß die Frachtsätze sowohl auf dem Berg- als auch auf dem Talmarke ganz bedeutend zugegangen sind. Für die nächsten Tage ist auch eine Besserung in den Sätzen und Sätzenplätzen nicht zu erwarten. Die schon vor einiger Zeit offiziell begonnene Rheinschifferei hat nun tatsächlich ihren Anfang genommen. In diesem Jahre hat man in Koblenz den Anfang gemacht. Von dort aus haben zwei größere Flöße die Talreise angetreten. Mit dem größeren Umfange der Schifffahrt wird die Nachfrage nach Schleppkraft lebhafter, so daß wohl eine Steigerung der Sätze eintreten kann.

k. Vorkenhausen, 27. Febr. Karnevalsverein. Infolge der vielen Masken, die sich zum Preis-Maskenball einfanden, war es für die Preisrichter keine leichte Aufgabe, die Preisverteilung ohne Verdruss und Widerspruch mancher Masken vorzunehmen. Deshalb wurde beschlossen, vom nächsten Jahre ab keinen Preis-Maskenball mehr abzuhalten, an dessen Stelle ein Kostümball treten soll. Auf Anregung des Hofheimer Karnevalsvereins wurde auch hier ein Karnevalsverein gegründet, dem sofort ca. 50 Mitglieder beitraten.

Freiendieg, 27. Febr. Steuererhöhung. Die Gemeindevertretung beschloß, für 1914 120 Prozent Zuschläge zur Einkommensteuer und 100 Prozent zur Real- und Betriebssteuer zu erheben. Es ist dies ein Mehr gegen bisher von 7 1/2 und 10 Prozent.

Seelbach (Oberlahntrief), 28. Febr. Bei der Gemeindevertreterwahl wurde in der 3. Klasse Schmiedemeister Heinrich Wolf wieder, und Maurermeister Hermann Göbel neugewählt. In der 2. Klasse wurde Landmann Gottfried Witzelauer wiedergewählt und in der 1. Klasse Gastwirt Hermann Huth wieder, und Landmann Peter Schäfer neugewählt.

Grenzhausen (Nassau), 28. Febr. Freie Dienste. Die im In- und Ausland bekannte Steingut- und Steingutfabrik Merkelbach u. Widl begann heute einen seltsamen Tag. Durch die Handelskammer Simburg wurden

der Firma die Ehrenurkunden für zwölf ohne Unterbrechung, seit 25 und mehr Jahren tätigen Mitarbeiter zur Abgabe an die Jubilare zugestellt. Die Ueberreichung erfolgte durch den Seilvorsteher und Mitbegründer der Firma, Herrn Georg Peter Wid, an die nachgenannten mit einer kleinen Ansprache. Herr Wid dankte den Jubilaren für ihre treue Mitarbeit; Geschenke waren den Betreffenden bereits früher überreicht. Es erhielten Ehrenurkunden: Wilhelm Krämer, Buchhalter u. Profurist, Grenzhausen, Eintrittsjahr 1874, Heinrich Knochenhauer, Dreher, Grenzhausen, Eintrittsjahr 1876, Franz Stauber, Dreher, Grenzhausen, Eintrittsjahr 1876, Julius Krause, Formengießer, Grenzhausen, Eintrittsjahr 1878, Wilhelm Spahn, Modellierer, Grenzhausen, Eintrittsjahr 1878, Ernst Klein, Dreher, Grenzhausen, Eintrittsjahr 1879, Eduard Huber, Formengießer, Alsbach, Eintrittsjahr 1880, Christian Heuser, Tonblechler, Grenzhausen, Eintrittsjahr 1880, Anna Klein, Blauschneiderin, Grenzhausen, Eintrittsjahr 1883, Reinhold Freiden, Dreher, Grenzhausen, Eintrittsjahr 1884, Johann Voll, Oberbrenner, Hühr, Eintrittsjahr 1888 und Richard Freiden, Dreher, Grenzhausen, Eintrittsjahr 1888. Diese vielen Jubilare dürften der beste Beweis für das gute Verhältnis, das zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herrscht, sein.

1. Mainz, 28. Febr. Ein lebensmüder Rekrut. Der Rekrut Senf von den 6. Dragonern hat sich gestern in der Kaserne erschossen. Auf einem hinterlassenen Zettel gibt er an, daß eine Krankheit ihn in den Tod getrieben habe.

Wetzlar, 27. Febr. Persönliches. Bürgermeister v. Jengen hat mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand seine Vererbung in den Ruhestand beantragt. Das Stadtverordnetenkollegium hat dieser Bitte entsprochen.

Steindorf b. Wetzlar, 27. Febr. Tödtlich verunglückt. Im hiesigen Gemeindefeld verunglückte gestern bei Holzschälungsarbeiten der Landwirt Peter Heiland dadurch, daß er von einem abbrechenden Aste getroffen wurde, der ihm die Schädeldecke zertrümmerte. Seiland, der 42 Jahre alt und ledig war, war auf der Stelle tot.

N. Algen, 27. Febr. Todesfall. — Wahl. Heute wurde ein Führer der nationalliberalen Partei des Reichstagswahlkreises Algen-Bingen, Herr Bureauvorsteher Johann Damm, unter großer Beteiligung der Parteifreunde zu Grabe getragen. — Die Beigeordnetenwahl im nahen Nibelsheim endete mit einem Siege des nationalliberalen Landwirts Heinrich Arnold über den Fortschrittler Kaufmann Georg Weid.

Gericht und Rechtsprechung.

Raninchenbich. Wiesbaden, 28. Febr. In 1 Jahr 4 Monate Gefängnis verurteilte heute die Wiesbadener Strafkammer den Tagelöhner V. aus Wiesbaden, der dem Fuhrmann Otto Klok von Lagerplatz zwei Raninchen gestohlen hat.

F.O. Ungültige Fleischbeschauordnung. Der Metzgermeister W. in Langenschwalbach, der sein Geschäft in der Hauptsache auf die Wurstfabrikation verlegt, bezog Ende vorigen Jahres von dem Metzgermeister St. in Breithardt ein Viertel eines Rindes. Das geschlachtete Tier war in Breithardt von dem dortigen Veterinärmediziner untersucht worden, der es für einwandfrei erklärte. W. führte daher sein erworbenes Viertel in den Stadtbezirk Langenschwalbach ein. Entgegen den für Langenschwalbach bestehenden Vorschriften ließ er dieses frische Fleisch nicht mehr nachuntersuchen. Wegen dem ihm daraufhin angehängten Strafbefehl erhob er Einspruch und machte geltend, er habe das Fleisch zur Wurstfabrikation verwandt, von selbgehaltenem frischem Fleisch könne also nicht die Rede sein. Das Schöffengericht Langenschwalbach kam zur Freisprechung, da die Verordnung entgegen dem Reichsgesetz eine Nachuntersuchung von frischem Fleisch, einerlei wozu es verwandt werde, fordere. Insofern gehe die Verordnung zu weit. Die Strafkammer Wiesbaden trat am Freitag dieser Auffassung bei und kam zur Verurteilung der vom Amtsanwalt eingelegten Berufung.

Ein österreichischer Spionageprozess. Vor dem Erkenntnisrat des Wiener Landesgerichts begann gestern der Prozess gegen den ehemaligen Leutnant Odomil Jandric wegen des Verbrechens der Auspähung militärischer Geheimnisse. Jandric wird beschuldigt, der russischen Militärbehörde wichtige Schriftstücke über den Aufmarsch der österreichisch-ungarischen Armee in Galizien und andere geheimzuhaltende militärische Vorbereitungen verkauft oder zum Verkauf angetragen zu haben. Die Verhandlung war geheim. Der Angeklagte war tatsächlich geschändigt. Gestern früh wurde vom Garnisonsgericht das Urteil gegen seinen Bruder Alexander Jandric bekannt gegeben. Jandric wurde wegen des Verbrechens der Auspähung in Kriegzeiten und wegen Betrugs zu neunzehn Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Sport.

Ein deutscher Sieg.
New-York, 28. Febr. (Telegr.) Bei dem Automobilrennen um den Vanderbilt-Pokal, das gestern stattfand, hat die deutsche Automobilindustrie einen großen Sieg davongetragen. Die ersten beiden fuhrten Mercedeswagen. Das Rennen fand in Santa Monica in Kalifornien statt. Das Rennen sollte bereits in der vergangenen Woche zum Austrag gelangen, es mußte jedoch infolge des schlechten Wetters und der Ueberhitzung auf gestern verschoben werden. Das Wetter war herrlich und die Strecke, die 92 1/2 Kilometer lang war, befand sich im besten Zustand. 18 Rennwagen der verschiedensten Marken nahmen an dem Rennen teil. Sieger war Ralph de Palma, der die gesamte Strecke in 2 Stunden 53 Min. 41 Sek. zurücklegte, mithin eine mittlere Geschwindigkeit von 120 Kilometer in der Stunde entwickelte. Zweiter wurde Barnes Oldfield, der nur wenige Minuten hinter dem Sieger einkam. Beide fuhrten Mercedeswagen. — Ralph de Palma hatte bereits im vorigen Jahre auf einem Mercedeswagen den Cobepokal gewonnen. 1912 nahm er an dem großen Preis des französischen Automobilklubs teil, ohne sich jedoch platzieren zu können.

Internationaler Lawn-Tennis-Kongress. Der Delegiertenkongress der Federation internationale de Lawn-Tennis, der sich über zwei Tage erstrecken soll, nahm in Paris seinen Anfang. Deutschland war vertreten durch Dr. Vierheim und Ritzgens (Hamburg), Dr. Zschar (Königsberg), Behrens (Antwerpen), Dr. Ritting (Dortmund) und Dreier (Bremen). Ferner hatten Oesterreich, Australien, Belgien, Dänemark, Frankreich, Holland, England, Russland, Südafrika, Schweden, Spanien und die Schweiz Vertreter entsandt. Die Abwicklung des reichhaltigen Programms nahm bei lebhaften Auseinandersetzungen einen langsamen Verlauf. Am ersten Tage wurde genehmigt, daß der neue internationale Lawn-Tennis-Bund vom 1. März ab in Kraft treten solle.

Europameisterschaft im Eishockey. Die Kämpfe um die Europameisterschaft im kanadischen Eishockey sollten am

Donnerstag im Berliner Eispalast mit der Begegnung zwischen der Schweiz und Böhmen ihren Fortgang nehmen. Wertwürdigerweise war die schweizerische Mannschaft nur unvollständig erschienen und scheiterte infolgedessen aus dem Wettbewerb aus, da neue Spiele nicht mehr angezettelt werden. Die Böhmen traten dann zu einem Gesellschaftsspiele mit einer kombinierten Mannschaft des Berliner Schlittschuhklubs an, das einen unentschiedenen Ausgang von 2:2 nahm. Das Debut der deutschen Mannschaft gestaltete sich zu einem Erfolge, da die einheimischen Vertreter die Belgier mit 4:1 (Halbzeit 3:0) glatt abfertigten. Bei den deutschen Repräsentativen ragte der Torwächter Römer aus München hervor. Nur einen Schuß kurz vor Schluß mußte der Münchner in dem von den Deutschen meist überlegenen geführten Kampfe passieren lassen.

Das internationale Skelettonrennen um den Wanderpreis des Kurvereins von St. Moritz wurde auf der Skelettonbahn entschieden. Sieger blieb der Berliner Langen mit 2 Min. 12 Sek. Den Sonderpreis für Damen gewann Fräulein Cypelle aus Karlsruhe in 2 Min. 20 Sek. Ein Verrennen um den Winterpokal gewann der amerikanische Bob „Dragg“ gegen den ohne Vorgabe gearteten Bob „Centre à terre“.

Vermischtes.

Zum Bombenattentat in Debreczin.

Ein neuer Drohbrieff an den Bischof von Debreczin.
Aus Agram wird gemeldet: In einem Cafehaus erschien ein Herr und eine Dame, auf die die Beschreibung über den Debrecziner Bombenabsender Pundashesku und die Kritikin Bukariska genau paßte. Ein Budapester machte die Polizei auf die beiden aufmerksam, die daraufhin verhaftet wurden. Der Mann konnte sich nicht legitimieren und keine Auskunft über seinen Aufenthalt in den letzten Tagen geben.

Verhaftung der Bombenabsender?

Der griechisch-katholische Bischof von Debreczin, Miklos, erhielt jetzt eine Postkarte aus Budapest, die neuerliche Drohungen enthielt. Die Karte lautete folgendermaßen:

„Es ist schon genug von deinen Sünden. Wenn die Bombe mißlungen ist, wird jetzt der Strid folgen.“

Die Polizei glaubt zwar, daß der Brief nur eine Verifikation darstellt, sie hat aber trotzdem die Untersuchung eingeleitet, um den Briefschreiber zu ermitteln. Die weitere polizeiliche Unternehmung ergab, daß die Kritikin Bukariska, die anfangs auch verdächtigt wurde, mit dem Attentat nichts zu schaffen hat. Es steht vielmehr fest, daß der Tat, wie angenommen, tatsächlich rein politische Motive zugrunde liegen.

Gewalttaten einer Räuberbande.

Aus Petersburg wird gemeldet: In Werchni-Konze im Gouvernement Boronisch brach eine Räuberbande in das Bürgermeisterei ein, ermordete 6 Personen, raubte mehrere Tausend Rubel und zündete schließlich das Haus an, das vollkommen in Flammen aufging.

Elternmord aus Habgucht.

Ein einschlägiges Verbrechen wurde im russischen Dorfe Potaki unweit Kiew verübt. Der einzige Sohn des reichen Grundbesizers Tschuschko beschloß, seine Mutter zu ermorden, um den späteren Besitz nicht teilen zu müssen. Der Sohn schlich nachts in das Zimmer seiner Mutter, die der Geburt eines Kindes entgegenah, und ermordete sie. Als der Vater durch den Lärm aufgeweckt in das Schlafgemach trat, erschlug ihn sein Sohn mit einem Beil. Er warf seinen vollständig geschändeten Körper den Hunden zum Fraß vor. Der Doppelmörder wurde wenige Stunden nach der Tat verhaftet.

20 Arbeiter verschüttet und getötet.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: 20 Arbeiter, die mit der Errichtung von Parkanlagen in der Nähe des kaiserlichen Palastes, des Serails, beschäftigt waren, sind unter einer einströmenden Mauer begraben und getötet worden.

Kurze Nachrichten.

Der Ordensschwindel. Man meldet aus Paris: Die polizeiliche Untersuchung über die Ordensschwindelaffäre nimmt ihren Fortgang. Blättermeldungen zufolge scheint die Angelegenheit noch eine unerwartete Wendung insofern zu nehmen, als gegen Moser auch der begründete Verdacht der Spionage besteht. Voraussichtlich wird die Untersuchung jedoch erst Ende nächster Woche mit Nachdruck betrieben werden können, da die Sichtung des umfangreichen beschlagnahmten Materials mehrere Tage in Anspruch nehmen wird. Branco hat bei seinem ersten Verhör sehr energisch gegen seine Verhaftung protestiert.

Untaten der englischen Wahlweiber. Eine der ältesten und schönsten Kirchen Englands, die Pfarrkirche in Whitefirk ist von Suffragetten niedergebrennt worden. In der Nähe der Brandstelle fand man Suffragettenliteratur und ein Plakat, das eine Warnung an MacKenna und Asquith enthielt.

Letzte Drahtnachrichten.

Der neue Gouverneur von Mex.

Aus Mex wird gemeldet: Anstelle des verstorbenen Generalleutnants v. Lindenau, der seine Stelle als Gouverneur von Mex noch nicht angetreten hatte, ist Generalleutnant v. Winterfeldt, Kommandeur der 17. Division, zum Gouverneur von Mex ernannt worden.

Vom Zuge getötet.

Aus Magdeburg wird gemeldet: 5 Streckenarbeiter wurden im Rebel, als sie einem Zuge ausweichen wollten, von einem andern Zuge erfasst und getötet.

Die Todesfahrt im Auto.

Aus Berden a. d. R. meldet der Draht: Das Auto des Düsseldorfener Kaufmanns Buschlinger fuhr gegen einen Chauffeebaum. B. erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er starb.

Der Eisenbahnerstreik in Lissabon.

Aus Madrid meldet man: Obwohl die telegraphischen Verbindungen mit Portugal jetzt vollkommen unterbrochen sind, so liegen doch von aus Lissabon kommenden Reisenden genügende Nachrichten vor, um sich über die Zustände in Portugal ein einigermaßen klares Bild machen zu können. Aus den Berichten der Reisenden geht unwiderlegbar hervor, daß der Streik der Eisenbahner einen durchaus revolutionären Charakter angenommen hat. Die portugiesische Regierung soll von der Bewegung vollkommen überrascht

worden sein. Sehr viele Streikende, unter denen sich auch eine Anzahl Anarchisten befindet, sind verhaftet worden. Jedoch befinden sich die Rädelshörer noch in Freiheit. Am Freitag abend besetzten Truppen alle strategischen Punkte Lissabons. In den äußeren Stadtteilen hörte man deutlich Gewehrfeuer. In vielen Straßenecken explodierten Bomben. Kavalleristen mußten wiederholt mit blanker Waffe gegen die erregte Volksmenge vorgehen, die auf der Seite der Streikenden steht. Dynamitattentate sind auf der Tagesordnung. Die Anarchie ist so groß, daß der öffentliche Sicherheitsdienst völlig gelähmt ist.

Arbeitslofenfundgebung.

Der Draht meldet aus New-York: Die allgemeine Arbeitslosigkeit in der Union hat jetzt dazu geführt, daß 200 Arbeitslose von San Francisco den langen Marsch nach Washington angetreten haben, um dem Kongress eine Petition um Errichtung von Arbeitsnachweisen zu unterbreiten. Die Leute hoffen, auf ihrem 3000 Kilometer langen Wege verpflegt zu werden. Unterwegs soll die Schar der Arbeitslosen zu einer großen Armee anschwellen.

Der japanische Flottenstandal.

Aus Tokio wird gemeldet: Der Geschäftsführer der Firma Siemens u. Schudert, Hermann, in Tokio, der wegen angeblicher Zuwendung von Schmiergeldern an japanische Marineoffiziere verhaftet worden war, wurde gegen eine Bürgschaft von 4000 M. freigelassen.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Marktberichte.

Diez, 27. Febr. Viehmarkt. Am gestrigen Viehmarkt waren aufgetrieben: 401 Stück Großvieh, 125 Stück Kleinvieh und 402 Schweine und Ferkel. Es wurde bezahlt für Fettvieh per Zentner Schlachtgewicht: Ochsen 94—96 M., Stiere und Rinder 88—90 M., Lämme, 1. Qual. 80—82 M., 2. Qual. 70—72 M., 3. Qual. 56—58 M. Kälber kosteten per Pfd. 60—70 Pfg. Jahrgroschen im Paar galtten 750 bis 900 M., Fahrflöhe per Stück 250—350 M., frischmelkende Kühe 250—400 M., Mährländer und Stiere 180—300 M., Fette Schweine kosteten per Pfd. 60—65 Pfg., Einlegeschweine per Paar 95—120 M., Käufer 65—80 M., Ferkel 30—60 M. Der Handel war flott, doch gingen die Preise zurück. Nächster Markt am 12. März.

Frankfurter Börse

vom 28. Februar.

Infolge der festen Auslandsmeldungen eröffnete die Börse heute in vorwiegend fester Haltung. Im Vordergrund standen die leitenden Montanwerte.

Canada war auf New-York weiter etwas befestigt, und im Anschluß daran auch die übrigen Amerikaner. Auch Schiffahrtswerten erzielten geringe Avancen.

Der Bankmarkt lag ruhig bei kaum veränderten Kursen.

Von Staatspapieren bröckelten 3 1/2 Reichsanleihe 20% ab; der übrige Markt lag still, nur Goldmexikaner im Einklang mit New-York weiter befestigt.

Der Kassapapiermarkt ruhig; nur von den heimischen Werken konnten Gold- und Silberscheideanfall und Badische Anilin kräftig anziehen.

Privatdiskont 3 1/2%.

Die Berliner Börse meldet ebenfalls vorwiegend feste Eröffnung, doch schwächte sich später die Tendenz infolge von Realisationen wieder etwas ab.

Ergänzungs-Nachricht.

Berlin, 27. Februar. „Familie“ Vermögens-Nr. 290 50. „Eintracht“ Vermögens-Nr. 511. — „Sonn“ Vermögens-Nr. 100. — „Sonn“ Vermögens-Nr. 26.00. Deutsche Chokoladenfabrik, Eisenbahn-Anleihe 90.50. Schantung-Eisenbahn-Anleihe 141.75. Balde Zellerbach-Werke. — Oberösterreichische Staatsbahn 241.50. Schmelzschmelzement 174.60. Bodum-Werke Eisenstr. 160. — Stahlwerke-Verwaltungs-Ges. 62.25.

Wetterbericht.

Neugasse 22 1/2
Gehobene Kaufhaus für Herren- und Knabenkleidung sowie Schuhwaren - Bekannt billige Preise.

Barometer
STURMISCH BEI NIEDEREN SCHW. STURMEN

von der Wetterdienststelle Weiburg.
Höchste Temperatur nach C.: +9 niedrigste Temperatur -3.
Barometer: gestern 764.5 mm, heute 768.2 mm.

Voraussichtliche Witterung für 1. März:
Zeitweise wolkig und vielfach neblig, höchst vereinzelt leichte Niederschläge, Temperatur wenig verändert.

Niederschlagshöhe seit gestern:

Weiburg	0	Trier	0
Reiberg	0	Wienhausen	0
Reufsch	0	Schwarzenborn	0
Marburg	0	Kassel	0

Wasserstand des Rheins und der Zahn vom 28. Februar.

Konstanz	3.09	gestern 3.09	Fingen	2.40	gestern 2.59
Hünningen	1.39	gestern 1.46	Rheingau	2.95	gestern 3.05
Reh	2.25	gestern 2.17	Caub	2.83	gestern 3.00
Strasbourg	2.32	gestern 2.36	Koblentz	3.25	gestern 3.97
Rannheim	3.44	gestern 3.73	Rhein	3.93	gestern 4.36
Rains	1.55	gestern 1.72	Weiburg	2.40	gestern 2.60

1. März	Sonnenaufgang 5.61	Mondaufgang 7.50
	Sonnenuntergang 5.36	Monduntergang 10.54

Druck und Verlag: Wiesbadener Verlagsanstalt G. m. b. H. (Direktion: Seb. Niedner) in Wiesbaden.
Chefredakteur: Bernhard Grothaus. — Verantwortlich für Politik: Bernhard Grothaus; für Neuigkeiten und Volkswirtschaftlichen Teil: A. E. Eisenberger; für den übrigen redaktionellen Teil: Carl Diebel; für den Anzeigenteil: Paul Lange. — Samlich in Wiesbaden.

Vereinsbank Wiesbaden

Gegründet 1865.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Gegründet 1865.

Vormals: Allgemeiner Vorschuss- und Sparkassen-Verein.

1961

Reichsbank-Giro-Konto.

Postscheck-Konto Nr. 250 Frankfurt a. M.

Geschäftsgebäude: Mauritiusstrasse 7.

Fernsprecher Nr. 560 und 978.
Telegr.-Adr.: Vereinsbank.

Die Vereinsbank Wiesbaden nimmt Geld an von Jedermann, auch von Nichtmitgliedern, als:

Sparkasse-Einlagen von Mk. 5.— an zu 3 1/2 % Zinsen. Tägliche Verzinsung. Ausgabe von **Heimspargbüchern**.

Darlehen (Anleihen gegen Schuldscheine der Vereinsbank), mindestens Mk. 300.—, gegen halb- und ganzjährige Kündigung. Verzinsung 4%, halbjährige Zinsauszahlung.

Laufende Rechnung ohne Kreditgewährung (Scheck- und stempel-freier Platzanweisungs-Verkehr) gegen tägliche Verzinsung, **gebührenfrei**, zur Zeit mit 3%, verzinslich. Auf längere Fristen angelegte Gelder zu entsprechend höheren Zinssätzen.

Die **Konto-, Scheck- u. Platzanweisungshefte** werden **kostenfrei** abgegeben.

Mitgliedern der Vereinsbank werden:

Vorschüsse gegeben gegen Wechsel oder gegen Schuldscheine, **Wechsel abgekauft**, **Kredite** in laufender Rechnung gewährt, **alles ohne Berechnung von Gebühren**.

Ferner werden besorgt: **Einzug von Wechseln**, **An- und Verkauf von Wertpapieren** unter günstigen Bedingungen, zum Teil gebührenfrei, Einlösung von verlosterten Wertpapieren, Sorten, Zinsscheinen, letztere schon 3 Wochen vor Verfall, **Auszahlungen** im In- und Auslande, Ausstellung von Schecks und Reisekreditbriefen, **Annahme von offenen und geschlossenen Depots**, **Vermietung von Stahlkassen (Safes)** in 5 verschiedenen Grössen unter Selbstverschluss der Mieter in unserer absolut feuer- und diebessicheren Stahlkammer zum Preise von Mk. 4.— an für das Jahr, **Verwaltung von Hypotheken** und **ganzen Vermögen**. 3803

Bereitwilligste Auskunft in allen Hypotheken- und Geldangelegenheiten, namentlich auch bei An- und Verkauf von Wertpapieren.

Die Mitgliedschaft kann jederzeit erworben werden. — Einzahlungen auf den Geschäftsanteil nehmen bereits vom folgenden Vierteljahr ab am Gewinn teil.

Satzungen, Geschäftsberichte und sonstige Drucksachen stehen kostenlos zu Diensten und der Vorstand ist zu jeder weiteren Auskunft gerne bereit.

Foyer-Restaurant

des Königlichen Theater

Inh.: **Chr. Klauer**

Eingang Theater-Kolonnade. **Telefon 319.**
Restaurant allerersten Ranges.

Diner ab 1 Uhr nach Wunsch zusammengestellt.
Souper sowie einzelne Platten vor der Aufführung und während den Pausen (30 Minuten) und nach der Vorstellung bei Vorausbestellung.

Erstklassige Weine.

Tee-Büfett während den Pausen.

Original Pilsner und **Münchener Hacker-Bier** sowie **Wiesbadener Germania Pilsner** vom Fass gelangt zum Ausschank. 434

NB. Zu der am 8. März stattfindenden Aufführung von „Parsifal“ werden Tischbestellungen frühzeitig erbeten u. Bestellungen jetzt schon entgegengenommen.

Stadt-Sparkasse Biebrich

Postcheckkonto
Frankfurt a. M.
Nr. 3923.



Fernsprecher
Biebrich
Nr. 50.

Die Kasse ist von der Königl. Regierung als mündelsicher erklärt; für die Spareinlagen haftet außer den nach Regierungs-Vorschrift sicher angelegten Kapitalien der Kasse noch die Stadt Biebrich mit ihrem Vermögen und ihren gesamten Einkünften.

Zinsfuß für Spareinlagen in jeder Höhe 3 1/2 %; bei halbjähriger Kündigung 3 1/2 % und bei einjähriger Kündigung 4% mit Verzinsung vom Einzahlungstage bis zum Rückzahlungstage.

Rückzahlungen in jeder Höhe in der Regel sofort.
Strengste Geheimhaltung bezüglich der Sparguthaben durch die Kasse gewährleistet.

Einziehung von Spareinlagen bei auswärtigen Kassen ohne Unterbrechung der Verzinsung und ohne jegliche Kosten für den Sparer.

Vermietung von Stahlkassenschränken zu 3, 6 u. 10 Mk. pro Jahr in dem nach dem neuesten Stande der Technik neu erbauten Trejar der Kasse. 453

Kassenlokal: Biebrich, Rathausstraße 59.
Geöffnet von 8-12 1/2 und 3-5 Uhr. 123,7

MAGEN-, DARM- u. ZUCKERKRANKEN

Verband v. Altonaer-Dr., Zwickauer, S.-koll. u. auch Präparaten nach allen Länd. Dr. Oskar Schmitt's hygien. Stadtk. v. Frankfurt a. M. F. Günther, Frankfurt a. M. Z. bez. d. Aug. Engel, Hoff., Taunusstr. 12, Tel. 53, 620 u. 6352; Wilhelmstr., Ecke Rheinstr., Tel. 888; Gegenüb. d. Ringkirche, Tel. 628.



Lieferungsausschreiben.

Die Lieferung von ungefähr 700 000 Kg. Ruckstohlen I, 120 000 Kg. Ruckstohlen III, 230 000 Kg. Ruckstohlen I (Rechenstoffs), für die Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1915 ist zu vergeben. Schriftliche Angebote sind veriegelt und mit der Aufschrift „Lieferung von Kohlen und Ruckst.“ bis zum 15. März 1914 mit je 50 Kgr. Proben jeder Sorte porto- und gebührenfrei hier einzureichen.

Die Lieferungsbedingungen, die in den Angeboten ausdrücklich anerkannt sein müssen, liegen im Kassenbureau hier aus. Können auch gegen Einsendung von 50 Pfg. bezogen werden. 6. 34
Gießberg im Rheingau, Post Dattelnheim, den 24. Febr. 1914.
Landes-Teil- und Pflestanteil.

Ämtliche Anzeigen

Bekanntmachung

betreffend die Nachweisung der Maße und Gewichte.

Gemäß § 11 der Maß- und Gewichtsordnung vom 30. Mai 1908 müssen die dem eidgenössischen Verfehr dienenden Messgeräte, wie Längen- und Flüssigkeitsmaße, Rechnerzeuue, Bierfässer, Hohlmaße, Gewichte und Waagen unter 3000 Kgr. Tragfähigkeit alle 2 Jahre zur Nachweisung vorgelegt werden. Bei der Nachweisung werden die Messgeräte auf ihre Verfehrsfähigkeit geprüft und dann neben dem Eichstempel mit dem Jahreszeichen versehen. Unbrauchbare oder unzulässig befundene Messgeräte werden mit kaiserlichem Stempel dem Eigentümer zurückgegeben, irgend eine Bestrafung tritt hierbei nicht ein. Im Kreise Wiesbadener Stadt wird die Nachweisung im Jahre 1914 nach folgendem Plane durchgeföhrt:

vom 9. Februar bis 14. März im Polizeirevier 4.
Alle Gewerbetreibenden, Großhandlungen, Fabrikbetriebe und Handwirte, sofern sie irgendwelche Erzeugnisse nach Maß oder Gewicht verkaufen oder den Umfang von Leistungen dadurch bestimmen, werden hierdurch aufgefordert, ihre eidgenössischen Messgeräte dem Königl. Eichamt in Wiesbaden, Schlossplatz 6, zur festgesetzten Zeit persönlich vorzulegen. Die Nachweisung nicht transportabler Messgeräte (z. B. Waagen) kann auf gemeinsamen Wunsch des Eichmeisters am Standort erfolgen. In diesen Fällen sind entsprechende Anträge beim Eichamt zu stellen und es werden dann außer den Eichgebühren für jeden beantragten Beamten, für jeden angelegenen Tag und von jedem Antragsteller Zuschläge von 1 Mark erhoben. Auch sind dann die aus der Ein- und Rückbeförderung der Normale und Prüfungsmitel entstehenden Kosten zu tragen. Die Rückgabe der Gegenstände erfolgt nur gegen Erstattung der Gebühren.
Nach beendeter Nachweisung werden polizeiliche Revisionen vorgenommen werden. Gewerbetreibende, die von den Nachweisungsinstanzen keinen oder unzureichenden Gebrauch machen, werden besonders eingehend revidiert werden. Gemäß § 22 der Maß- und Gewichtsordnung wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bestraft, wer den Vorschriften der Maß- und Gewichtsordnung zuwiderhandelt. Neben der Strafe ist auf die Unbrauchbarmachung oder die Einziehung der vorchriftswidrigen Messgeräte zu erkennen; auch kann deren Vernichtung ausgedroht werden.

Wiesbaden, den 5. Februar 1914. 440

Der Polizei-Präsident: v. Schend.

Bekanntmachung

betreffend die An- und Abfahrt vor dem Königl. Theater.

An Stelle der unterm 10. August 1910 erlassenen Polizei-Verordnung vom 4. Oktober 1894, betreffend die An- und Abfahrt am Königl. Theater und unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 1908, betreffend die An- und Abfahrt vor dem Königl. Theater, wird folgendes angedordnet:

1. Die städtische Straßenbahn des Kurparksplatzes zwischen dem Bowling-green und der Theater-Kolonnade wird 1/2 Stunde vor Beginn und 1/2 Stunde vor Beendigung jeder Veranstaltung im Königl. Theater für den öffentlichen Durchgangsverfehr, und zwar bis zur Beendigung der An- und Abfahrt der Theaterbesucher, gesperrt.

2. Die Anfahrt zum Königl. Theater hat unter dem vor der Theaterkolonnade gelegenen Hauptportal, in der Richtung von der Wilhelmstraße nach dem Kurpark zu erfolgen; die leeren Wagen fahren über den Kurparksplatz ab.

3. Der nach dem Kurpark zu liegende Teil des Droschkenhaltesplatzes vor der Theaterkolonnade darf bei Veranstaltungen im Königl. Theater von 8 1/2 Uhr abends ab von den Droschkenführern nicht mehr besetzt werden.

Die 10 Droschken, welche den nach der Wilhelmstraße zu liegenden Teil des Droschkenhaltesplatzes vor der Theaterkolonnade mit der Anordnung nach der Wilhelmstraße besetzen, dienen in erster Linie zur Aufnahme der Theaterbesucher, können aber auch von anderen Fahrgästen benutzt werden.

4. Sämtliche bestellten Fahrzeuge (Gautzagen, Droschken, Automobile), welche Theaterbesucher abholen, sind vor der Theaterkolonnade, auf dem unbesetzten Teil des Droschkenhaltesplatzes derart aufzustellen, daß sie auf dem Bahrdamm nebeneinander mit der Fahrtrichtung nach der Theaterkolonnade zu und mit den Hinterrädern gegen die Bordsteine des Kurparksplatzes an dem Bowling-green stehen; Automobile auf dem rechten Flügel. Nur diejenigen Wagenführer dürfen nach Erlaß der Veranstaltung in das Hauptportal der Theaterkolonnade vorfahren, welche aufgerufen werden.

5. Das Vorfahren der Fahrzeuge erfolgt in der Reihe des Aufrufens mit der Fahrtrichtung nach der Wilhelmstraße zu, unter das Hauptportal der Theaterkolonnade.

Die Abfahrt nach Aufnahme der Fahrgäste geschieht nur nach der Wilhelmstraße zu.

6. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden auf Grund der geltenden Straßenpolizeiverordnung mit Geldstrafe bis zu 30 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt, bestraft.

Wiesbaden, den 10. August 1910.

Der Polizei-Präsident: von Schend.

Junger Mann

7. bis als Chauffeur ausbilden. Beruf gleich, Antritt sof. od. 15. Profekt gratis. F. Danemann, Automobilwerk, Halle a. S. Mittelstraße 2. 176

Gutes chendes Molkerei, Eblt. und Gemüsegeld, seit 8 Jahren bestehend, sof. billig zu verkaufen. Off. u. N. 402 an Expedition ds. Bl. 1887

Sucht Darlehen

von 200 Mk. von Selbstgebern. Off. unter N 310 an die Exped. dieses Blattes. 1888

Prima erstklassige Bauernwurst a Pfund 1.30 Mk. gibt ab gegen Nachnahme. Joseph Fischer, Buttlar, (Hön) Fleischer. 1889



Kommandieren

Reden und Singen bedingt gesunde Stimmorgane. Schützen Sie sich durch Wyberf-Tabletten!

Vorrätig in allen Apotheken und Drogerien. Preis der Originalschachtel 1 Mk. 1890

TANZKARTEN VISITKARTEN PROGRAMME

ein- und mehrfarbig in guter Ausführung liefert schnell und preiswert die mit modernen Schriften, Klischees und Maschinen versehene Druckerei der

WIESBADENER VERLAGS-ANSTALT G.M. B.H.
Nikolausstr. 11 - Mauritiusstr. 12

Telegraphischer Kursbericht der Frankfurter Börse vom 28. Februar 1914.

Umrechnung: Pf. St. = M. 20.40. || Fr., Lire, Peseta, Lei = M. 0.80. || Oest. fl. (Gold) = M. 2. || 1 öst. fl. (Whrg.) M. 1.70. || 1 öst.-ung. Krone = M. 8.25. || 1 skand. Krone M. 1.125

Staats-Papiere. a) Deutsche. V.K. L.K. Deutsche Reichsanleihe abgest. 86.80 86.60

Prioritäts-Obligationen von Transport-Anstalten. V.K. L.K. a) Inländische. 99.00 99.00

Pfandbriefe Bodenkredit-Obligationen. V.K. L.K. 88.00 88.00

Vollbezahnte Bankaktien. Divid. V.K. L.K. 136.00 136.00

Auswärtige Börsen. Berliner Börse.

Berlin. Telegraphische Schlusskurse. Deutsche Fonds. - 28. Februar. Reichsanleihe abgestempelt. 86.80

Ausländische Fonds. - 28. Februar. Argentin. Anleihe. 81.80

Eisenbahn-Aktien. - 28. Februar. Oesterreichische Staatsbahn. 214.50

Bank-Aktien. - 28. Februar. Oesterreichische Kredit-Anstalt. 206.40

Industrie-Werte. - 28. Februar. Algen. Elektr. Licht- u. Kraft. 250.00

27. Februar. Eschweiler Bergwerk. 222.00

New-Yorker Börse.

New-York, 27. Februar, 5 Uhr nachmittags. Gold auf 24 Stunden. 212 1/2

New-York, 27. Februar. V.K. L.K. Kaffee Rio Nr. 1 loko. 9 1/2

Chicago, 27. Februar. Weizen Mai. 94 1/2

Privat-Diskont Frankfurt 3 1/2% b) Ausländische. I. Europäische. V.K. L.K.

II. Aussereuropäische. V.K. L.K. N. Argentin. Gold-Anleihe.

Aktien inl. Transport-Anstalten. V.K. L.K. 185.10 185.10

Aktien ausl. Transportanstalten. V.K. L.K. 87.50 87.50

Bergwerks-Aktien. Divid. V.K. L.K. 122.25 122.50

Verzinsliche Lose. V.K. L.K. 171.00 171.00

Unverzinsliche Lose. V.K. L.K. 34.50 34.50

Provinzial- und Kommunal-Obligationen. V.K. L.K. 96.20 96.20

Versicherungs-Aktien. Ohne Zinsberechnung. V.K. L.K. 2430.00 2430.00

Aktien von Industrie-Unternehmungen. V.K. L.K. 237.50 237.50

Wiener Börse. Wien, 27. Februar. 641.95 641.75

Londoner Börse. London, 28. Februar. Englische Consols. 76.06

Geldsorten. Brief. Gold. 16.28 16.24

Wechsel. Reichsbank-Diskont 4% in Reichsmark. V.K. L.K.

Papiergeld. Brief. Gold. 4.195 4.195

Amerikan. Banknoten. Doll. 81.25 81.15

Amsterdam. 169.375 169.35

Amsterd. 169.375 169.35

Alle Drucksachen für Bankgeschäfte in sauberer Ausführung liefert umgehend die Buchdruckerei der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H., Nicolassstrasse 11.